bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 03 | 31. Januar 2008

Rechte Szene 2

„Herbe Niederlage“
Die NPD hat ihr Wahlziel klar verfehlt – schnell werden Forderungen nach Änderung des „Deutschland-Pakts“ laut.

„Spalter und Ergomane“
Der DVU-Spitzenkandidat zur Hamburger Bürgerschaftswahl blickt auf eine einschlägige rechtsextreme Karriere zurück.

„Soldatische Erziehung“
Die „Heimattreue Deutsche Jugend“ drillt in ihren Lagern Kinder und Jugendliche.

Wikipedia-Verschnitt
Das Online-Nachschlagewerk „Metapedia“ soll zur Vernetzung der europäischen Neuen Rechten beitragen.

Seitenblick 6

Lichtblicke mit Makel
Auch die sechste Folge der „Deutschen Zustände“ gibt keinen Grund zur Entwarnung.

Fragwürdiger Einsatz
Zehn Hundertschaften bietet die Polizei für drei Demonstrationen in Magdeburg auf. Ein friedlicher Protest gegen die NPD wird für mehr als drei Stunden eingekesselt.

Ausland 8

Stramme Marschrichtung
FPÖ-Vertreter zeigen keinerlei Berührungsängste mehr gegenüber dem rechtsextremen Spektrum und Holocaust-Leugnern.

„Bundesrichter töten“
Aus für rassistischen Hassprediger und Radio-Moderator.

Blick in die Zeitgeschichte 10

„Generalplaner Ost“
Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) arbeitet nach langem Zögern ihre unrühmliche Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus auf.

Aktive Zustimmung
Die Gewerkschaft ver.di zeigt Dokumente des allgegenwärtigen Nazi-Terrors. Öffentliche Zurschaustellungen wurden von der Bevölkerung mit Interesse verfolgt.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Herbe Niederlage“

Die NPD hat ihr Wahlziel klar verfehlt – schnell werden Forderungen nach Änderung des „Deutschland-Pakts“ laut.

Vollmundig war die NPD in den Wahlkampf in Hessen und Niedersachsen gestartet. „Am Ende steht der Sieg“, hatte der hessische Landesvorsitzende Marcel Wöll getönt. Andreas Molau, Spitzenkandidat in Niedersachsen, hatte angekündigt: „Von Niedersachsen aus werden wir ein neues Signal senden, dass die Nationaldemokraten nicht nur in Mitteldeutschland ein politischer Faktor sind.“ Schon während des Wahlkampfs setzte die Ernüchterung ein. Die Erwartungen wurden relativiert: Zwei bis drei Prozent in Niedersachsen und mehr als ein Prozent in Hessen hätte die NPD noch als bescheidenen Erfolg feiern können. Doch beide Ziele wurden verfehlt: Zeit für den großen Katzenjammer am Wahlabend und an den Tagen danach. Prompt werden wieder Forderungen laut: Wenn die NPD tatsächlich nur in „Mitteldeutschland“ Erfolge einfahren kann, sollte dann nicht besser der „Deutschland-Pakt“ mit der DVU aufgekündigt oder geändert werden?

Sprachlos war zunächst die Bundes-NPD. Ohne jede Bewertung veröffentlichte sie lediglich die vorläufigen Ergebnisse aus den niedersächsischen Wahlkreisen: von 3,6 Prozent in Helmstedt bis 0,5 Prozent in Lingen. Molau selbst räumte die „herbe Niederlage“ ein. Inhaltlich mag er am Wahlkampf seiner Partei keine Fehler erkennen. Statt dessen klagt er, das nötige „Kleingeld“ habe gefehlt und man habe sich einer „Schweigespirale der Medien“ gegenübergesehen.

Im Nachbarland Hessen hatte die NPD einen Wahlkampf betrieben, der von Plakatauswahl, TV-Werbung bis hin zur lautstark angekündigten, dann aber versandeten „großen Hessenrundfahrt“ ihres Landesvorsitzenden von Pleiten, Pech und Pannen gekennzeichnet war. „Kreativ und teilweise sicher auch spontan-revolutionär“ hatte dieser Kampf um die Stimmen werden sollen, so hatte Wöll prophezeit. „Kreativ“ zeigte sich Spitzenkandidatin Doris Zutt, als sie kundtat, sie sehe „trotz alledem das Wahlergebnis nicht ganz so negativ“. Schließlich hätten auch die Freien Wähler nur 0,9 Prozent erreicht. Wöll fand es „natürlich besonders bitter“, dass die NPD ohne Wahlkampfkostenerstattung auskommen muss „und uns durch 3500 fehlende Wähler die Finanzierung unserer Arbeit in Hessen verwehrt bleibt“.

„Der Wähler, das unbekannte Wesen…“, rätselte Christian Worch, der die NPD in Niedersachsen unterstützt hatte, über die Ursachen des Debakels. Seine Anhänger unter den „Freien Nationalisten“ wollen am Bündnis mit der Molau-NPD festhalten: „Durch den gemeinsamen Wahlkampf der freien und parteigebundenen Kräfte konnte ein neues Netzwerk geschaffen werden, welches durchaus über den Wahlkampf hinaus erhalten bleiben wird.“ Sie sehen auch ein positives Moment: Alle Wahlbezirke, in denen die „Freien“ im Wahlkampf aktiv gewesen seien, würden überdurchschnittliche Ergebnisse aufweisen. Geht es nach ihnen, muss die NPD aktivistischer werden: Man müsse darüber beraten, „ob es zukünftig nicht ratsamer wäre, die Presse zu einer Berichterstattung zu ‘zwingen’. Aufzüge und Kundgebungen lassen sich nun einmal nicht verschweigen.“ Die Hoffnung, von einer solch „erzwungenen“ Medienpräsenz zu profitieren, hat in Hessen zwar getrogen, wo über Kundgebungen und Kundgebungsankündigungen der NPD breit berichtet wurde – diejenigen Neonazis, die ihren Daseinssinn darin sehen, allwöchentlich irgendwo auf die Straße zu gehen, werden diese Forderung dennoch goutieren.

Bleibt Worchs vorläufiges Fazit: „Der Sprung nach Westen ist missglückt.“ Dass die NPD einen schlechten Tausch gemacht hat, als sie im „Deutschland-Pakt“ das Recht zur Kandidatur in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Niedersachsen zugesprochen bekam, während sie auf Sachsen-Anhalt und Thüringen verzichtete, wird vielen Parteimitgliedern und erst recht „freien“ Neonazis immer bewusster. Die NPD, so diese Lesart, sammelt im Westen Frustrationserlebnisse, während die DVU im Osten – wie in Sachsen-Anhalt – trotz guter Voraussetzungen versagt. Nicht unerwartet, meldeten sich rasch Neonazis aus Thüringen zu Wort, die in den Wahlergebnissen vom 27. Januar eine andere „Signalwirkung“ erkennen als von Molau erhofft: „NPD ist Regionalpartei“. Die Diskussion über einen Wahlantritt der NPD in Thüringen müsse „nun noch deutlicher und offener erfolgen“.

Tomas Sager

25. Jahrgang | 03 | 31. Januar 2008

„Spalter und Ergomane“

Der DVU-Spitzenkandidat zur Hamburger Bürgerschaftswahl blickt auf eine einschlägige rechtsextreme Karriere zurück.

Am 24. Februar wird in Hamburg eine neues Landesparlament, die Bürgerschaft, gewählt. 14 Parteien sind zugelassen – darunter die rechtsextreme DVU und zwei rechtspopulistische. Die Aussicht, einen Coup zu landen wie 2001 der Law-and-Order-Politiker Ronald Schill mit 19,4 Prozent, ist 2008 äußerst gering.

Am meisten Wind macht die DVU, obwohl sie nach Verfassungsschutzinformationen „personell chronisch schlecht aufgestellt“ ist. Die Partei schafft es aber weder mit witzig gemeinten Werbebotschaften („Michel statt Moschee“ oder „Tatort Hamburg – die DVU ermittelt“) noch mit bekannt klingenden Parolen („Keine orientalische Machtsymbolik in unserer Stadt“, „Geld für Deutsche statt Bundeswehr im Ausland“) in die Medien, sondern mit einer neuen Strategie. Die in Bremen juristisch erfolgreich durchgefochtene Erteilung öffentlicher Räume für Wahlveranstaltungen strebt die DVU auch in Hamburg an. Erst wollte die aus München ferngesteuerte Partei Räume im städtischen Congress Centrum anmieten, dann im Elysee Hotel.

Über den jeweils neuesten Stand der diesbezüglichen Aktivitäten berichtet die lokale Presse erstaunlich umfangreich. Zurzeit ist eine einstweilige Anordnung gegen die Freie und Hansestadt Hamburg anhängig – die DVU möchte am 17. Februar eine Wahlveranstaltung im CCH, das sich bisher mit allerlei Tricks dagegen gewehrt hat, abhalten. Die Begründung liefert DVU-Spitzenkandidat Matthias Faust: „Es kann nicht mehreren Parteien die Nutzung für Wahlveranstaltungen in den Monaten vor der Wahl zugestanden werden, aber einer missliebigen Oppositionspartei dasselbe Recht verwehrt werden.“ Das Kalkül der DVU geht auf, man bleibt im Gespräch.

Der erst vor wenigen Monaten von der DVU als Pressesprecher neu verpflichtete Spitzenmann Matthias Faust, der sich in einem Videospot gegen die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn und den EU-Beitritt der Türkei ausspricht und hinsichtlich Volksabstimmungen „mehr Demokratie“ einfordert, kann auf eine einschlägige rechtsextreme Karriere zurückblicken. Für den Hamburger Verfassungsschutz gilt Faust als „Adlatus“ des Neonazis Christian Worch. Er verfügt auch über gute Kontakte zu der ehemaligen Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Anja Zysk. Ende 2005 war der wandlungsfähige Faust noch als Landesbeauftragter der Republikaner unterwegs, heute ist der in einschlägigen Internetforen als „Spalter und Egomane“ Gescholtene vermutlich Urheber der meisten auf der Homepage des Hamburger DVU-Landesverbands zu lesenden Beiträge.

Fausts Wechsel zur DVU dürfte die Szene zumindest überrascht haben. Denn noch im Dezember 2005 galt ihm die Partei als „absolut nicht diskussionswürdig“. Die Begründung damals: „Scheinbar besteht sie nur aus einem Herrn Dr. Frey, der meist in einer eher dümmlichen Art und Weise in die Öffentlichkeit tritt. Mir ist kein Landtag bekannt, in der die DVU wirklich einmal ernst zu nehmende politische Arbeit getan hat, meist brach die Fraktion nach wenigen Wochen auseinander.“

Dass die Partei trotz der personellen Auffrischung einen ähnlichen Erfolg wie 1997 erringen könnte, als sie den Sprung in die Bürgerschaft mit 4,98 Prozent nur um 190 Stimmen verpasst hatte und in vier von sieben Hamburger Bezirksversammlungen eingezogen war, ist unwahrscheinlich. Trotz des im „Deutschland-Pakt“ zwischen beiden Parteien ausbaldowerten Kandidatur-Verzichts der NPD und der Unterstützung durch das „Fliegerass“ aus dem Zweiten Weltkrieg, Oberst Hajo Hermann (Jahrgang 1913) machen die Wahlforscher der DVU wenig Hoffnung auf einen Überraschungserfolg. Dass die DVU für ihr Faust-Video von einigen Betrachtern auf der stark frequentierten Internetplattform You Tube gelobt wird („Im Vergleich zu früheren Spots sehr informativ und nicht auf unterstem sprachlichen Niveau hetzend“) und ab sofort während der „DVU-Schülerwochen“ 30 000 DVDs unter die Jung- und Erstwähler bringen will, dürfte nicht reichen. Titel der DVD mit drei Werbefilmchen: „Es geschieht in Hamburg.“

Diesmal passiert wohl doch nichts: Realistische Größenordnung dürften die von der NPD vor vier Jahren erreichten 0,3 Prozent sein – den Rest des rechten Rands werden die Rechtspopulisten der Rechten Mitte und des Zentrums abgreifen.

Volker Stahl

„Soldatische Erziehung“

Die „Heimattreue Deutsche Jugend“ drillt in ihren Lagern Kinder und Jugendliche.

Am Telefon meldete sich Laurens Nothdurft, angehender Jurist aus Berlin. Für ein bevorstehendes „Pfadfinder-Familientreffen“ buchte er die Burg Hohenberg im Landkreis Wunsiedel über Silvester 2006. Auch das Vorgespräch mit Denis Schauer aus Berlin verlief freundlich. Erst bei der Ankunft der rund 90 Kinder, Jugendlichen und Betreuer wurde den Herbergsbetreibern klar, dass sie es mit Anhängern einer neonazistischen Gruppe zutun bekamen. Nothdurft und seine Frau gehörten zum Führungspersonal der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), Schauer ist als Führer der „Einheit Preussen“ einer der rührigsten Aktivisten.

Steffen Hörtler, der Geschäftsführer der Grenzlandbildungsstätte als Betreiber der Burg eilte herbei. Am Eingang fielen ihm die Wachen am Tor auf. „Halt! Stehen bleiben!“, forderten ihn die Wachen auf. Als der Hausherr sich vorstellte und nachhakte, was das solle, bekam er zu hören: „Sie sind nicht berechtigt, uns eine Frage zu stellen!“ Hörtler informierte die Polizei, aber die sagte, das sei ein eingetragener Verein, „da könne man nichts machen“. Am meisten erschütterten die Herbergsbetreiber die Bilder von den Kindern, die frierend in Uniform Fahnenwache schieben mussten und trotz der Kälte nicht reinkommen durften. „Die wollten ihre Kinder eindeutig abhärten.“

Jetzt taucht eine neue Konfrontation für Hörtler und seine Kollegen im Internet auf. Die HDJ hat ihren Aufenthalt in Burg Hohenberg ohne Genehmigung des Hausherrn gefilmt und als Werbefilm ins Netz gestellt. „Wir geben uns selbst und suchen – DICH“ heißt es in dem rund 4-minütigen Video der rechtsextremen Organisation. Es werden fröhliche Kinder in einheitlicher Kleidung beim Antreten und Runen zeichnen gezeigt. Eine Fahne wird gehisst und weiße Zelte stehen im Innenhof. Der Film ist auch bei Youtube abrufbar. Hörtler denkt über rechtliche Schritte nach. Die Burg gehört dem Freistaat Bayern und wird seit 1955 an den Trägerverein vermietet.

St. Goarshausen in Rheinland-Pfalz. Dietlind Naumann aus Eberbach mietet für 114 Kinder, Jugendliche und Betreuer einer „Familien- und Jugendgruppe“ über Silvester 2007 das „Turner- und Jugendheim“. Zum Winterlager reisten Teilnehmer aus allen Teilen der Republik an, auch aus Berlin. „Die sagten Guten Morgen und hinterließen alles sauber“, erzählt der Herbergsvater. Dennoch fiel ihm auf, wer hinter dieser Gruppe steckte. „Es war alles sehr paramilitärisch“, fügt er hinzu. Die seien in Marschordnung angetreten. Zwei Mann seien jeweils zur Bewachung abgestellt worden. Eine Mitarbeiterin erzählte von einer Beobachtung: Vor der Abreise am 2. Januar 2008 hätten sich alle im Spalier aufgestellt, eine Kiste wurde hineingetragen, darin befanden sich vergessene und verlorene Dinge. Diejenigen, die nach vorne gerufen wurden, mussten vortreten und zur Strafe Liegestützen machen. „Es sah alles genauso aus wie im Werbevideo der HDJ“, bestätigt der Herbergsvater, „die trugen auch alle uniformähnliche Kleidung“.

Der Verfassungsschutz in Bayern hat Kenntnis vom Winterlager der HDJ in Franken vor einem Jahr, vom aktuellen Lager kennt man bisher nur die Ankündigung: „Zur Durchführung konnte die Fachabteilung bisher noch nichts sagen“, heißt es. Dem Bundesverfassungsschutz liegen keine Hinweise vor, dass ein Winterlager überhaupt stattgefunden hat. Auch das Bundesinnenministerium will „keine Stellung“ nehmen.

Seit Mitte 2007 besteht ein vom Schäuble-Ministerium erlassenes Uniformverbot für die HDJ. Von der Organisation beantragte Ausnahmegenehmigungen wurden abgelehnt, weil „die politische die jugendpflegerische Betätigung überwiegt“. Die von der HDJ Ende Oktober erhobene Klage gegen den Bescheid ändert daran nichts, das Verbot gilt. Die HDJ-Bundesführung zeigt sich „mäßig beeindruckt“ von der Tatsache, dass „man uns in die stillose BRDisten-Uniform zwingen will. Wir entscheiden immer noch selbst, welche Kleidungsstücke wir tragen“. Daran ändere auch „ein Stück Papier mit amtlichem Briefkopf“ nichts.

Auch im neuen HDJ-Kalender „Unser Leben 2008“ treten zahlreiche Kinder in den üblichen Uniformstücken auf. In dem Kalender, der im Internet beworben wird, gibt die braune Erzieher-Truppe „die Ideale soldatischer Erziehung“ als „schwerwiegendes“ Ziel an. Außerdem heißt es: „Wir verlangen Disziplin und Gehorsam!“.

Andrea Röpke

Wikipedia-Verschnitt

Das Online-Nachschlagewerk „Metapedia" soll zur Vernetzung der europäischen Neuen Rechten beitragen.

Mit „Metapedia" wollen rechte Kreise ihr eigenes Online-Nachschlagewerk aufbauen. Das sieht dem Vorbild Wikipedia verblüffend ähnlich, nur dass auf den Seiten kein allgemeingültiges Wissen zusammengetragen, sondern unter dem Anstrich der Information rechte Ideologie verbreitet wird.

„Metapedia – Die alternative Enzyclopädie" lautet der Slogan des rechten Wissensportals im Internet. Das Online-Nachschlagewerk richte sich an die, die „eben nicht für Multikulti und Globalisierung" stehen, wie auf der Website zu lesen ist. Die Macher der deutschen Version hätten Metapedia „dem pro-europäischen Kulturkampf gewidmet", heißt es weiter. Die Seite sei „Bestandteil eines Europäischen Netzwerkes." Metapedia existiert in einer Vielzahl von nationalen Versionen.

Der Name ist nicht zufällig gewählt. Die Vorsilbe „Meta" zieht die Verbindung zu „Metapolitik". Gemeint ist damit, dass die Eroberung der Gesellschaft vor der Politik beginnt, nämlich durch die Erlangung der intellektuellen Meinungsführerschaft. Dieser Strategie ist offenkundig auch „Metapedia" verpflichtet. Die Begründer dieses subtilen Politikansatzes sind in der „Neuen Rechten" zu suchen. Vertreten wird von ihnen unter anderem ein so genannter „Ethnopluralismus", eine Art kulturelles Reinheitsgebot. Die Gesellschaften und ihre kulturellen Eigenheiten müssten vor „Überfremdung" geschützt und das Gemeinschaftsbewusstsein gestärkt werden, so die Ideologie.

Alle Metapedia-Seiten liegen auf einem Server in Schweden und werden betrieben von der rechtsextremen NFSE media AG. Deren Hauptanteilseigner und Geldgeber ist Lennart Berg. Anders Lagerström organisiert die Arbeit des rechten Medienunternehmens. Über den „Nordisk förlaget" vertreibt Lagerström auch noch Bücher, CDs et cetera für die rechtsextreme Szene. Die meisten Autoren kommen angeblich aus Schweden, Norwegen und Dänemark.

Wie bei seriösen Wissens-Communities kann auch bei Metapedia jeder Nutzer nicht nur Artikel aufrufen, sondern sie auch verändern oder neue Schlagwörter hinzufügen. So kopiert Metapedia Aussehen und Funktion von Wikipedia. Das ist nicht besonders schwer. Mit MediaWiki ist das Programm, mit dem das Original erstellt worden ist, kostenlos im Internet verfügbar. Jeder kann es downloaden und für seine Zwecke nutzen. Das haben die rechten Macher von Metapedia getan.

Werbung gemacht wird für Metapedia nicht nur auf der überregional bedeutenden Internetseite „altermedia" (bei der es sich ebenfalls um ein multinationales Projekt handelt), sondern auch auf der Seite der „Stiftung Kontinent Europa". Ein Teil der deutschen Autoren von Metapedia könnte daher auch aus diesem Umfeld stammen. Ähnlich wie die Online-Enzyklopädie ist die Stiftung an einer Vernetzung der Neuen Rechten in Europa interessiert. Stiftungsgründer ist der deutsche Patrick Brinkmann – mit der Wahlheimat Schweden. Unter anderem werden auf „Metapedia" die philosophischen und politiktheoretischen Grundbegriffe der Neuen Rechten erklärt. Dabei sind in den Fußnoten immer wieder Querverweise auf die Webseiten des „Thule-Seminars" und der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) zu finden. Nachdem das „Thule-Seminar" in den letzten Jahren an Einfluss verloren hat, sucht dessen Kopf Pierre Krebs offenbar Anschluss bei der „Stiftung Kontinent Europa". Außerdem steht er bei der GfP auf der Liste der Referenten. Deren Vorsitzender ist der NPD-Spitzenkandidat zur niedersächsischen Landtagswahl Andreas Molau, der seinerseits im Vorstand von „Kontinent Europa" sitzt.

Aber auch die Jungen Nationaldemokraten (JN) Sachsen scheinen Metapedia für sich als Multiplikationsmedium entdeckt zu haben. So ist dem „Sachsentag" ein Artikel gewidmet, einer „Großveranstaltung", die die JN Sachsen am 4. August 2007 zum ersten Mal veranstaltet haben. Die Rechtsrockgruppen, die auf „Metapedia" mit einem Eintrag bedacht werden, haben allesamt auf dem Sachsentag gespielt. Die Schülerzeitung der NPD-Sachsen „Perplex" und die Theoriezeitschrift „Hier und Jetzt" werden ebenso wie ihre Redakteure aktuell und ausführlich vorgestellt. Alles Zufall? Wohl kaum.

Dorothea Silvester/Mathias Brodkorb;

www.endstation-rechts.de

Seitenblick

Lichtblicke mit Makel

Auch die sechste Folge der „Deutschen Zustände" gibt keinen Grund zur Entwarnung.

Der Zustandsbericht über das gesellschaftliche Klima in Deutschland im Jahr 2007 enthält einige positive Trendmeldungen: Die Zustimmungswerte zu den meisten Elementen des Syndroms „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (GMF) sind auf hohem Niveau zumindest leicht gegenüber dem Vorjahr gesunken, darunter die Werte für Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Der Bielefelder Konfliktforscher und Leiter des GMF-Projekts Wilhelm Heitmeyer verweist auf günstigere Bedingungen am Arbeitsmarkt und mehr Zuversicht, mit der die Mehrheit der Bevölkerung in die Zukunft blicke. Heitmeyer zufolge sind diese Lichtblicke mit Vorsicht zu genießen: Gleichzeitig vollziehe sich eine „Ökonomisierung des Sozialen", die mit der Zunahme von Kosten/Nutzen-Kalkülen in zwischenmenschlichen Beziehungen verbunden sei und der Abwertung von Menschen, die „als ‚Nutzlose' oder 'Überflüssige' gelten" (S. 32). So stimmt jeder dritte Befragte der Aussage zu: „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten". Die Forscher haben ihr Untersuchungsfeld um ein neues Element erweitert: die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. 49 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden". Solidarität hat einen schweren Stand – droht der „moralische Niedergang der Gesellschaft", wie Heitmeyer fürchtet?

Besonders interessant ist die sechste Folge der „Deutschen Zustände" dort, wo sie sich als Beitrag zur gesellschaftlichen Wertedebatte lesen lässt. Wer gesellschaftliche Vielfalt begrüßt – so die Befunde aus dem GMF-Survey –, äußert sich deutlich weniger abwertend gegenüber Minderheiten und benachteiligten Gruppen. Dass Vielfalt Gleichwertigkeit voraussetzt, macht Jutta Limbach im Gespräch mit Gunter Hofmann und Wilhelm Heitmeyer im journalistischen zweiten Teil des Bandes deutlich: „Offenheit gegenüber der Vielfalt weltanschaulicher und religiöser Auffassungen" sei der „ethische Standard" des Grundgesetzes – den Begriff der „Leitkultur" weist sie zurück „wegen seines Beiklangs nationaler Überheblichkeit" (S. 298).

Der Schutz solcher Werte wirft die Frage nach den Voraussetzungen für Zivilcourage auf. Rainer Strobl definiert Zivilcourage als „risikobehaftetes, prosoziales Handeln, das auf eine Verletzung grundlegender humaner und demokratischer Werte reagiert" (S. 173). Seine Untersuchung macht couragiertes Handeln an der Bereitschaft zum Widerspruch gegen fremdenfeindliche Äußerungen fest. Die Konformität gegenüber Gruppennormen ist ein Hindernis des Eingreifens, zu den Voraussetzungen der Zivilcourage zählen positive Erfahrungen mit Minderheiten, verbale Kompetenzen, auch die Überzeugung, etwas bewirken zu können. Wer generell annehme, keinen Einfluss auf Entscheidungen in Politik und Gesellschaft zu haben, werde eher nicht couragiert handeln. Das Empfinden politischer Machtlosigkeit und die mit ihm verbundene mangelnde Integration in das demokratische Gemeinwesen wirkt zudem als Verstärker feindseliger Einstellungen, wie Anna Klein und Sandra Hüpping in ihrer Analyse feststellen.

Wie immer verbinden die „Deutschen Zustände" empirische Analysen mit journalistischen Fallgeschichten. Manche Essays greifen die Befunde des GMF-Surveys auf – mitunter allerdings voreilig mit dem Ziel, die eigene Argumentation bestätigt zu finden. So stellt Eberhard Seidel eine Zunahme islamfeindlicher Diskurse in deutschen Medien seit dem Mord an Regisseur Theo van Gogh im Herbst 2004 fest. Dass zeitgleich islamophobe Stimmungen in der Bevölkerung zugenommen hätten, sei mit Blick auf die GMF-Daten „offensichtlich". Tatsächlich haben sich die Zustimmungswerte zu den Statements, mit denen die Studie Islamophobie misst, im Vergleich der Jahre 2004 und 2007 nicht signifikant verändert. Matthias Krupa behauptet, die Daten des Surveys zeichneten seit 2002 das „Bild einer Gesellschaft, in der feindselige Mentalitäten zunehmen". Der Zustimmungswert für kaum ein Element der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit liegt im Jahr 2007 nennenswert über dem Stand von 2002, manche darunter. An diesen und einzelnen weiteren Stellen des Bandes wäre etwas mehr Behutsamkeit wünschenswert.

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, (Suhrkamp), 312 Seiten, 12 Euro.

Fragwürdiger Einsatz

Zehn Hundertschaften bietet die Polizei für drei Demonstrationen in Magdeburg auf. Ein friedlicher Protest gegen die NPD wird für mehr als drei Stunden eingekesselt.

Am 16. Januar jährte sich der Tag der Zerstörung Magdeburgs durch alliierte Bomberverbände zum 63. Mal. Drei Demonstrationen hielten aus diesem Anlass die Stadt am 19. Januar in Atem. Zum einen ein von der NPD-gesteuerten „Initiative gegen das Vergessen" angemeldeter „Trauermarsch", zudem zwei gegen diesen Aufmarsch gerichtete Protest-Demos des „Magdeburger Bündnis gegen Rechts" und der regionalen Antifa-Szene. Zur Verhinderung von Eskalationen „glänzte" die Polizei mit zehn Hundertschaften – und mit Versagen einerseits, Überreaktionen andererseits.

Politiker aller etablierten Parteien, Vertreter von Kirchen, Hochschulen, Gewerkschaften, Sportvereinen hatten sich im Vorfeld der Neonazi-Demo dem Protestaufruf des Bündnisses gegen Rechts angeschlossen. Der Aufruf fand jedoch erschreckend wenig Widerhall in der Magdeburger Bevölkerung. Gerade einmal 500 Demonstranten versammelten sich im Vorfeld des rechten Aufmarsches am Westfriedhof, wo die meisten Opfer der Bombennacht 1945, aber auch viele Magdeburger Widerstandskämpfer gegen das Hitlerregime bestattet sind.

Die Demonstration des Bürgerbündnisses gegen die Neonazis verlief störungsfrei, weshalb die Einsatzleitung der Polizei offenbar zu der Einschätzung kam, diesen Zug sich selbst überlassen zu können. Eine fatale Analyse, wie sich herausstellen sollte. Denn zur Abschlusskundgebung vor einem rechten Szene-Laden im Magdeburger Hundertwasserhaus wäre es fast zur Eskalation gekommen. Eine Gruppe offensichtlich aggressionsbereiter Neonazis ging bedrohlich auf die zusammenstehenden Redner der Abschlusskundgebung zu, nur die Personenschützer von Innenminister Holger Hövelmann verhinderten Angriffe der Rechten gegen die Kundgebungsredner. Von den regulären Einsatzkräften war zu diesem Zeitpunkt weit und breit nur wenig zu sehen. Die waren unweit von der Abschlusskundgebung des Bürgerbündnisses beschäftigt.

Denn in unmittelbarer Nähe kesselt die Polizei zu diesem Zeitpunkt den Demonstrationszug der Antifa scheinbar grundlos ein und hindert ihn damit am weiteren Marsch auf der zuvor genehmigten Route. Zwischenfälle hat es bis zu diesem Zeitpunkt aus dem Demonstrationszug nicht gegeben. Mehr als drei Stunden sind die Antifa-Demonstranten eingekesselt. Vertreter des Bündnisses gegen Rechts und selbst der Magdeburger Ordnungsbeigeordnete Holger Platz versuchen, im Sinne der Antifa-Kräfte zu vermitteln und bei der Einsatzleitung die Fortsetzung der Protestdemonstration auf der genehmigten Route zu ermöglichen – vergeblich. „Zu gefährlich", heißt es lakonisch. Denn der Zug würde auch über die Otto-von-Guericke-Straße führen und dort drohe ein Zusammentreffen mit den Neonazis, zu deren genehmigter „Trauermarsch"-Route diese Straße ebenfalls gehört. Ein verspäteter Abmarsch der Neonazis vom Hauptbahnhof lässt nun ein Zusammentreffen beider Züge befürchten, das die Polizei auf ihre Weise auf jeden Fall verhindern will. Die Antifa bleibt eingekesselt, die Neonazis aus ganz Deutschland können ihren Zug bis zum Innenministerium ungehindert fortsetzen.

Als ein Teil der Antifa-Kräfte mit hocherhobenen Händen auf die Polizeikräfte zugeht, um gewaltfrei die Fortsetzung der eigenen Demonstration zu erzwingen, reagiert die Polizei auf ihre Weise: Einsatz von Reizgas, Pfefferspray und Schlagstock. Mehr als 30 Verletzte zählt die Demo-Leitung schließlich, die Polizei acht vorläufige Festnahmen. „Die Einsatzkräfte haben vor Ort eine katastrophale Informationspolitik betrieben und die Lage nahe an eine Eskalation geführt", kritisiert später der Grünen-Stadtrat Sören Herbst. Als „Skandal, der an Pietätlosigkeit nicht zu überbieten ist", wertet das Bündnis gegen Rechts schließlich, dass die Polizeikräfte den Neonazis – abweichend von der genehmigten Route des rechten Aufmarsches – schließlich auch noch gestattete, unmittelbar am Denkmal für die in der Reichspogromnacht zerstörte Magdeburger Synagoge entlang zu marschieren.

Die Veranstalter der Antifa-Demo haben angekündigt, gegen den Polizeieinsatz vor dem Verwaltungsgericht zu klagen. Johann Lottmann, Präsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord bekräftigte hingegen, in vergleichbaren Situationen immer wieder so zu handeln wie an diesem Sonnabend.

Eberhard Löblich

Ausland

Stramme Marschrichtung

FPÖ-Vertreter zeigen keinerlei Berührungsängste mehr gegenüber dem rechtsextremen Spektrum und Holocaust-Leugnern.

Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich, nimmt kein Blatt vor den Mund. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sei eine „Truppe von Rechtsextremen und Neonazis". Unter der Führung von Hans-Christian Strache sei die FPÖ schlimmer als unter Jörg Haider, sagte Muzicant. Man müsse „alles tun, um zu verhindern, dass solche Politiker Verantwortung tragen!", warnte er.

Susanne Winter, FPÖ-Spitzenkandidatin bei der Gemeinderatswahl am 20. Januar im steirischen Graz, hatte auf dem Neujahrstreffen gegen muslimische Einwanderer gepöbelt und den Propheten Mohammed als „Kinderschänder" sowie „Feldherren" beschimpft, der den Koran in „epileptischen Anfällen" geschrieben habe. In der Tageszeitung „Österreich" legte Winter später noch nach und erklärte, dass Kindesmissbrauch bei muslimischen Männern „weit verbreitet" sei. Zugleich warnte die 50-jährige Juristin vor einem „muslimischen Einwanderungs-Tsunami". In Neonazi-Kreisen ist Winter als Leserbriefschreiberin in der antisemitischen und rassistischen Hetzschrift „Phoenix" bekannt. In jüngster Zeit lamentierte sie darin über die „Lebenslügen des Feminismus" und „Geldgeschenke an Scheinasylanten". Der Wiener Stadtzeitung „Falter" gegenüber verteidigte Winter ihre Beiträge für das Pamphlet: „Das ist eine Heimatparteizeitung, da fühle ich mich wohl." Auch Winters Sohn Michael, Landesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ), greift für „Phoenix" zur Feder. Ihm sind „realitätsfremde 'Gutmenschen'" ein Dorn im Auge. Herausgeber von „Phoenix" ist der notorische Holocaust-Leugner Walter Ochensberger. Ochensberger ist mehrfach wegen Verstoßes gegen das Verbot der NS-Wiederbetätigung vorbestraft und entsprechend knasterfahren.

Als Interviewpartnerin stand Winter der Wochenzeitung „Zur Zeit", dem einstigen Schwesterblatt der „Jungen Freiheit" (JF), Rede und Antwort. Im Interview forderte sie „Graz den Grazern" und bezeichnete den Islam als „Feindreligion". Am 30. Oktober 2007 fand im Wiener Palais Palffy die Zehnjahresfeier von „Zur Zeit" statt. Der JF zufolge ist „Zur Zeit" ein „parteinahes Blatt, quasi ein Sturmgeschütz des nationalkonservativen FPÖ-Flügels". Bei der Festrede behauptete der extrem rechte Rechtsanwalt Herbert Schaller, dass es „keinen Sachbeweis für Gaskammern in der NS-Zeit", sondern „nur Zeugenaussagen und Geständnisse" gebe. Weiterer Redner war Otto Scrinzi, vormals SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied sowie später FPÖ-Vizechef. Per Videoeinspielung überbrachte der britische Holocaust-Leugner David Irving eine Grußbotschaft. In seiner Rede nannte der gerichtsbekannte Fälscher historischer Tatsachen Österreich einen Polizeistaat. Irving sei „ein Mensch, der jetzt wieder frei ist und auch eine Meinung haben darf", verteidigte der FPÖ-Europaabgeordnete und „Zur Zeit"-Mitherausgeber Andreas Mölzer die Videobotschaft Irvings, der in Wien in Haft saß und gegen den ein Einreiseverbot nach Österreich besteht.

„Nähe zu nationaldemokratischem Gedankengut"

Zeitweilig zugegen bei der umstrittenen Feier war auch die FPÖ-Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Sicherheitssprecherin Barbara Rosenkranz. Rosenkranz ist Unterzeichnerin des von rechtsgestrickten Kreisen um die „Junge Freiheit" initiierten Appells „Berufsverbot für Sascha Jung stoppen!". Als Referentin („Selbstbewusste Weiblichkeit gegen Feminismus") trat Rosenkranz 2007 bei den NS-apologetischen „Kärntner Kulturtagen" in Erscheinung. Im September 2006 erklärte der Hitler-Verehrer und notorische Holocaust-Leugner Gerd Honsik anlässlich der Parlamentswahlen auf seiner Homepage: „Ja, ich stimme erstmals mit ja für die FPÖ, weil ich der Abgeordneten Barbara Rosenkranz vertraue."

Enge Kontakte pflegte der damals in Spanien untergetauchte Justizflüchtling Honsik, der zwischenzeitlich in Wien inhaftiert ist, früher zu Horst Jakob Rosenkranz, dem Ehemann der 10-fachen Mutter und FPÖ-Politikerin. Rosenkranz war Aktivist der 1988 in Österreich verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP). 1990 fungierte er als einer der Spitzenkandidaten der von Honsik und ihm gegründeten Liste „Nein zur Ausländerflut", die vom Verfassungsgerichtshof als neonationalsozialistisch qualifiziert wurde. Rosenkranz findet sich auch im Adressenverzeichnis („Aktivist in Wien") der 1992 in Deutschland verbotenen

Neonazi-Truppe „Nationalistische Front". Heute ist Rosenkranz Herausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Fakten". Das Blatt fördert antisemitische Klischees: „Der alte Traum der Kosmopoliten, mithilfe des Geldes den Bibelauftrag, die ganze Welt zu beherrschen, zu verwirklichen", so „Fakten", „scheint mit dem Instrument der Globalisierung in greifbare Nähe gerückt zu sein". Längere Zeit war Rosenkranz aufgrund seiner Kontakte zu Holocaust-Leugnern nicht gerne in FPÖ-Kreisen gesehen. Mittlerweile tritt er jedoch wieder in FPÖ-Parteilokalen als Referent in Erscheinung. Die FPÖ Amstetten feiert ihn auf ihrer Homepage als „unermüdlichen Kämpfer gegen (...) die Diktaturen fremder Mächte in unserem Staat". Die FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz findet an den Aktivitäten ihres Mannes jedenfalls „nichts Ehrenrühriges".

Andreas Mölzer, einstiger Chefideologe der FPÖ, ist seit Jahrzehnten in der extrem rechten Szene zugange. Bis September 2007 war Mölzer langjähriger Kolumnist der „Jungen Freiheit". Dann wurde die Kooperation mit ihm kurzerhand beendet, da auf Mölzers Initiative ein Gespräch von Abgeordneten der – inzwischen aufgelösten – rechtsextremen Europafraktion „Identität-Tradition-Souveränität" mit Vertretern deutscher rechtsextremer Parteien und Gruppierungen, darunter die NPD, in Straßburg stattgefunden hatte. Mölzer wirkte unter anderem als Autor für die NPD-Studierendenorganisation NHB und die NS-apologetischen „Deutschen Monatshefte". Auch bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik trat Mölzer als Referent in Erscheinung.

Die rechtsextremen Umtriebe von führenden Parteimitgliedern sind für FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache kein Problem. 2004 hatte das Oberlandesgericht Wien in einem Prozess festgestellt, dass Strache in seiner Geisteswelt und Diktion seit seinem Einstieg in die Politik stets eine gewisse „Nähe zu nationaldemokratischem Gedankengut" habe erkennen lassen. Die rassistischen und islamfeindlichen Äußerungen der FPÖ-Politikerin Winter haben sich bei der Grazer Gemeinderatswahl bezahlt gemacht. Die FPÖ erzielte 11 Prozent der Stimmen und stellt nun 6 Gemeinderäte. Bei den Wahlen 2003 erreichte die FPÖ lediglich 8 Prozent und bekam 4 Sitze im Gemeinderat.

Anton Maegerle

„Bundesrichter töten"

Aus für rassistischen Hassprediger und Radio-Moderator.

Der berüchtigte antisemitische Radio-Propagandist Hal Turner (Jg. 1962) aus North Bergen, New Jersey, soll ein Spitzel des FBI sein. Am 1. Januar waren Hacker in Turners Server eingedrungen und auf dessen Korrespondenz mit dem FBI-Kontaktagenten gestoßen, wie sie im Forum der Homepage der „The Hal Turner Show" informierten. Postwendend verkündete der frühere Immobilienmakler Turner das Ende seines extrem rechten Engagements und das Aus seiner seit 2002 laufenden Radioshow.

Interviewpartner seiner Radiosendung waren unter anderem weltweit bekannte Rechtsextremisten wie David Duke, vormals „Großer Hexenmeister" der Knights of the Ku Klux Klan, der inzwischen verstorbene Führer der National Alliance, William Pierce, Dave Pringle, damals Sprecher der National Alliance, Tom Metzger von der White Aryan Resistance und Matt Hale, ehemaliger Führer der World Church of the Creator. Turner ist ein übler Hass-Prediger. Im Jahr 2000 kandidierte er vergeblich für die Republikaner für einen Sitz im Kongress, später radikalisierte er zum Rassisten und Holocaust-Leugner. 2002 nahm Turner am „Aryan World Nations Congress" in Pennsylvania teil. Vor Ort waren 100 Rechtsextremisten aus dem gesamten rechtsextremen Spektrum in den USA. Ende 2006 veröffentlichte Turner in seiner Show die Privatadressen von Mitarbeitern des Supreme Court von New Jersey. Daraufhin musste die Bundespolizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter starten.

Bislang rühmte sich Turner damit, keine Bomben herzustellen, sondern Attentäter zu schaffen. „Bundesrichter zu töten", so Turner, „ist vielleicht illegal, aber es wäre nicht falsch". In einem Artikel rief er dazu auf, „Mexikaner zu töten, wenn sie die Grenze überschreiten". An anderer Stelle schlug er vor, Listen von jüdischen Schulen zu erstellen und Synagogen in die Luft zu bomben. Von Turner war auch zu vernehmen, dass die Hälfte der Mitglieder des US-Kongresses erschossen werden müsste.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

„Generalplaner Ost"

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) arbeitet nach langem Zögern ihre unrühmliche Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus auf.

Konrad Meyer ist ein deutscher Wissenschaftler, auf den die Humboldt-Universität kaum stolz sein kann: Seit 1932 NSDAP-Mitglied und seit 1933 SS-Schulungsleiter, offerierte die Berliner Universität ihm 1934 den Lehrstuhl für Agrarwesen und Agrarpolitik. Vom Zentrum Berlins aus wurde Meyer eine Schlüsselfigur der deutschen Ost- und Umsiedlungspolitik im „Dritten Reich". Noch bevor er 1939 von Heinrich Himmler zum „Chef-Umsiedlungsplaner" der NSDAP ernannt wurde und drei Jahre später mit dem „Generalplan Ost" ein Konzept zur millionenfachen Vertreibung aus dem Baltikum vorlegte, hatte er eine unumstrittene Machtposition in der deutschen Forschungslandschaft inne.

Meyer war nicht nur eine unbestrittene Koryphäe auf seinem Fachgebiet. Er war auch Vizepräsident der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft – und profitierte wie kein anderer von deren Geldern. Der NS-Planer mit Professorentitel vereinte ganz alleine 2,5 Prozent des DFG-Etats auf seine Studien. Auch der – nie in die Realität umgesetzte – Generalplan Ost wurde mit DFG-Geldern erstellt. Die DFG wiederum ist nicht irgendeine, sondern mit einem Jahresetat von nahezu zwei Milliarden Euro die zentrale Forschungsförderorganisation Deutschlands. Wer immer an einer deutschen Universität oder Hochschule ein wissenschaftliches Vorhaben in die Tat umsetzen will, stellt bei der DFG einen Antrag auf Finanzierung und kann sich glücklich schätzen, wenn er bewilligt wird. Gegründet wurde die DFG 1920 als „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft." Seit 1929 trägt sie ihren heutigen Namen.

Bis Ende Februar wird die Geschichte Meyers wie der DFG nun an der Stätte seines Wirkens erzählt: „Wissenschaft-Planung-Vertreibung – Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten" heißt eine Ausstellung in der Humboldt-Universität, die Teil des späten, aber umfangreichen Bemühens der DFG ist, ihre Geschichte im Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Die, konstatiert Dieter Hüsken, der die Ausstellung gestaltet hat, ist alles andere als rühmlich. „Deutsche Wissenschaftler wurden nicht gleichgeschaltet", so Hüsken, „in ihrer Mehrheit haben sie sich geradezu aufgedrängt, nationalsozialistische Politik aus- und mitzugestalten; und das häufig schon in den 20er-Jahren, ganz ohne Not."

Zu denen, die in vorderster Front bei den Nazis mitforschen wollten, gehörten weit mehr als nur Mediziner. „Ob in der Rassebiologie, der Genetik, den Bevölkerungsstudien oder dem Städtebau: deutsche Wissenschaftler waren gern dabei, nationalsozialistische Visionen zu konzipieren", so die Medizinhistorikerin Sabine Schleiermacher. Unterstützt wurden sie alle von der DFG, die auf der Liste der von ihr geförderten Projekte zwischen 1934 und 1945 unter anderen verzeichnet: „Die Festigung des deutschen Volkstums als landeskulturelles Problem" oder „Rassenkundliche Untersuchungen bei ostdeutschen Völkern". Die Ausstellung resümiert: „Ein Großteil der in der DFG tonangebenden Wissenschaftler begrüßten den autoritären und nationalsozialistischen Kurs der Regierung."

Konrad Meyer, der später auch noch der Waffen-SS beitrat und SS-Oberführer wurde, war dafür nur ein besonders augenfälliges Beispiel. Seiner wissenschaftlichen Karriere geschadet hat das übrigens nicht. Bei den Nürnberger Prozessen wurde er wegen Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Vereinigung, nicht aber wegen seiner Forschung verurteilt. Nach drei Jahren in Haft kehrte er in die deutsche Universitätslandschaft zurück: als ordentlicher Professor in Hannover, und ab 1954 auch wieder als: gefördert von der DFG. Warum? Das fragt auch die Ausstellung, und kommt zu dem Schluss: „Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft sah lange keine Veranlassung, sich mit ihrer eigenen Rolle (...) zu beschäftigen."

Jeannette Goddar

„Wissenschaft, Planung, Vertreibung – Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten", bis 23. Februar im Foyer der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10117 Berlin, montags bis freitags von 9.00 bis 21 Uhr, samstags von 9.00 bis 17.00 Uhr.

25. Jahrgang | 03 | 31. Januar 2008

Aktive Zustimmung

Die Gewerkschaft ver.di zeigt Dokumente des allgegenwärtigen Nazi-Terrors. Öffentliche Zurschaustellungen wurden von der Bevölkerung mit Interesse verfolgt.

Dass nur wenige von den Schrecken des Naziregimes, von der Bedrohung Andersdenkender und der systematischen Judenverfolgung gewusst hätten, gehört zu den Legenden, die sich bis in die Gegenwart in manchen Teilen der Gesellschaft hartnäckig halten. Ein wirksames Mittel gegen diese Art von (Fehl-)Einschätzung kann der Besuch der Ausstellung „Vor aller Augen – Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz" sein, die in der Mediengalerie der Gewerkschaft ver.di in Berlin gezeigt wird.

Im März 1933, die Machtübernahme der Nazis lag erst wenige Wochen zurück, wurden in vielen kleinen und mittelgroßen Städten Bürgermeister, die der SPD angehörten, regelrecht vorgeführt. Die neuen Herren zwangen sie, beispielsweise das Reichsbannersymbol von Hauswänden zu entfernen. Begleitet von schmähenden Parolen auf Schildern, traten etliche Sozialdemokraten ihren Spießrutenlauf Richtung Gefängnis an. Fotografiert wurde zumeist im Auftrag der Nazis. Unfreiwillig entstanden dabei Dokumente, die belegen, wie groß Interesse und Zustimmung der Bevölkerung zu öffentlichen Zurschaustellungen durch das NS-Regime waren.

Die Stiftung Topographie des Terrors hat die Ausstellung erstmals im September 2002 präsentiert. Seitdem wurde „Vor aller Augen" in verschiedenen deutschen Städten gezeigt, unter anderem in Heidelberg, Saarbrücken und Riesa. Erika Buchholz und Klaus Hesse, die das Material sammelten und auswerteten, hatten zuvor eine große Zahl von Stadt- und Gemeindearchiven angeschrieben und um Zusendung von Fotos gebeten, die belegen sollten, dass der Naziterror allgegenwärtig war und öffentlich stattfand. Letztlich beteiligten sich 186 Archive am Projekt.

„Die Aufnahmen zeigen viel aktive Zustimmung zu den Geschehnissen. In den meisten Gesichtern der Zuschauer spiegeln sich Häme und Spott für die Gedemütigten", fasste Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, in seiner Ansprache anlässlich der Ausstellungseröffnung in der Mediengalerie zusammen.

Die ausgewählten Aufnahmen sind mehreren Themenblöcken, wie etwa „Der frühe Terror", „Antijüdische Aktionen und Diskriminierungen", „Die Deportation", zugeordnet. Das Muster der fotografierten Szenen ist ähnlich – gleichgültig, ob sie in Remscheid, Heppenheim oder Rostock entstanden: Menschen – einzeln oder in kleinen Gruppen – wurden in eine entwürdigende Lage gezwungen und öffentlich vorgeführt. Es traf Juden, Sinti und Roma, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, und nahm zunehmend perfidere Formen an. Das verdeutlichen etwa die Aktionen, bei denen Frauen öffentlich die Haare geschoren wurden, weil sie „Rassenschande" begangen hatten. Obwohl diese Aufnahmen, wie Andreas Nachama vortrug, lediglich drei Prozent der gezeigten Fotos ausmachen, prägen sie sich wegen der erkennbaren Sensationslüsternheit der gaffenden Menge besonders ein.

Ver.di zeigt die Ausstellung anlässlich des 75. Jahrestages der Machtübernahme durch die Nazis. Die Gewerkschaft will aber auch die Brücke zur Gegenwart schlagen, wie der frühere Vorsitzende der Vorgängergewerkschaft IG Medien, Detlef Hensche, bei der Eröffnung verdeutlichte. Aufklärung tue nach wie vor Not, gerade in einer Zeit, in der die NPD verfassungsfeindliche Ziele propagieren könne und gleichzeitig aufgrund der geltenden Rechtslage mit Steuergeldern alimentiert werde. Hensche stellte klar, dass auch Gewerkschafter aufgrund ihres historischen Versagens heute die Aufgabe hätten, aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzutreten. Die Machtübernahme durch die Nazis 1933 sei in weiten Teilen der Arbeiterbewegung nicht hinreichend ernst genommen worden. Manch' Gewerkschafter hätte sich gar in der Anfangsphase an das neue System angebiedert. Auch heute seien, wie eine Studie von Professor Bodo Zeuner zeige, Gewerkschafter keineswegs immun gegen rechtsextreme Einstellungen. Die Ausstellung solle insofern auch zur Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen einladen.

Gudrun Giese

„Vor aller Augen", bis zum 22. Februar in der Mediengalerie ver.di Berlin-Brandenburg, Dudenstr. 10, 10965 Berlin

Informationen: www.mediengalerie.org; Anfragen zur Ausleihe: info@topographie.de

Meldungen

„Sozial geht nur national"

Nürnberg/Hamburg – In Nürnberg und Hamburg wollen Rechtsextremisten in diesem Jahr am 1. Mai auf die Straße gehen. Veranstalter in Nürnberg ist die NPD, die zur „bundesweiten Großdemonstration" unter dem Motto „Sozial geht nur national" aufruft. Beginn soll um 11.00 Uhr sein, Treffpunkt am U-Bahnhof Frankenstraße. „Freie und parteigebundene Nationalisten aus Hamburg" mobilisieren zu einer Demonstration in der Hansestadt. „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen! Gemeinsam gegen Globalisierung!" ist das Motto des Aufmarschs, der ab 12.00 Uhr im Stadtteil Barmbek stattfinden soll. (ts)

Republikaner vor NPD

Wiesbaden – Die NPD hat bei der Hessen-Wahl ihr Minimalziel verfehlt, 1 Prozent der Stimmen zu erreichen. Sie kam auf lediglich 0,9 Prozent der Stimmen. Damit erhält die NPD für die Hessen-Wahl keine Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung. Anders die Republikaner, die auf 1,0 Prozent kamen, 0,3 Prozent weniger als bei der Landtagswahl 2003. Für die NPD entschieden sich in Hessen 23 972 Wähler/innen, die Republikaner erhielten 27 721 Stimmen (minus 6.842). In 37 der 55 Wahlkreise schnitten die Republikaner besser ab als die NPD. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie in den Wahlkreisen Groß-Gerau I mit 2,2, Offenbach-Stadt und Odenwald mit 2,1 sowie Main-Kinzig III mit 2,0 Prozent. Die NPD kam in den Wahlkreisen Wetterau II auf 3,0, Hersfeld auf 2,2 und Wetterau III auf 2,0 Prozent. (ts)

Rechtsextreme konkurrieren in München

München – Zwei rechtsextreme Gruppierungen können bei der Stadtratswahl in München am 2. März antreten. Nachdem die „Bürgerbewegung pro München" bereits vorher melden konnte, dass die benötigten 1000 Unterstützungsunterschriften beisammen waren, erreichte auch die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) kurz vor Ablauf der Frist zum Sammeln der Unterschriften dieses Ziel. Wie die Münchener Stadtverwaltung mitteilte, unterschrieben für „Pro München" insgesamt 1556 Bürger, für die BIA 1106 Bürger. Einer der Sprecher von „pro München" ist der langjährige NPD-Funktionär Rüdiger Schrembs, der die Partei inzwischen verlassen hat. Spitzenkandidat der BIA ist Karl Richter, Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de